



An die Adressaten gemäss Verteilliste

28. Januar 2016

## **Gesetz über den Jugendschutz bei öffentlichen Filmvorführungen und Trägermedien (JFTG), Vernehmlassung**

Sehr geehrte Damen und Herren

Digitale Medien sind heute aus dem Alltag nicht mehr wegzudenken. Kinder und Jugendliche nutzen sie in ihrer Freizeit, in der Schule und am Arbeitsplatz. Durch das aktive Teilnehmen an unserer Mediengesellschaft erlernen die Heranwachsenden zusätzlich zum Lesen, Rechnen und Schreiben eine Kulturtechnik, die heute zur Bewältigung von vielen Alltags- und Berufssituationen notwendig ist. Der Umgang mit digitalen Medien eröffnet aber nicht nur Chancen. Er ist auch mit Risiken verbunden, die gegebenenfalls zu schwerwiegenden negativen Auswirkungen auf die körperliche und seelische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen führen können. Der Bundesrat hat in seinem Bericht „Jugend und Medien – Zukünftige Ausgestaltung des Kinder- und Jugendmedienschutzes in der Schweiz“ vom 13. Mai 2015 das Ziel formuliert, Kinder und Jugendliche sowie deren Erziehungspersonen seien durch die Förderung ihrer Medienkompetenz zu befähigen, kompetent mit den Chancen und Risiken umzugehen und durch regulierende Massnahmen vor Gefährdungen zu schützen<sup>1</sup>.

Nach Ansicht des Bundes nehmen die Mehrheit der Kantone ihre Verantwortung im Film- und Computerspielebereich nicht genügend wahr. So habe bis heute trotz entsprechenden Empfehlungen der Schweizerischen Kommission Jugendschutz im Film kein einheitliches Zutrittsalter für Kinofilme durchgesetzt werden können. Weiter sei die Selbstregulierung der Wirtschaft unzureichend, obschon die Branchenverbände in den letzten Jahren grössere Anstrengungen unternommen hätten. Im Rahmen von Testkäufen hätten rund 50% der Jugendlichen Filme und Computerspiele kaufen können mit für sie ungeeigneten gewalthaltigen oder pornografischen Inhalten<sup>2</sup>.

Der regulierende Kinder- und Jugendmedienschutz im Kanton Zürich beschränkt sich derzeit auf Vorschriften betreffend das Zutrittsalter zu öffentlichen Filmvorführungen. Am 27. Januar 2016 ermächtigte der Regierungsrat die Direktion der Justiz und des Innern,

<sup>1</sup> <http://www.news.admin.ch/NSBSubscriber/message/attachments/39354.pdf> S. V

<sup>2</sup> vgl. <http://www.bsv.admin.ch/aktuell/medien/00120/index.html?lang=de&msg-id=57226>



ein Vernehmlassungsverfahren zum Entwurf eines Gesetzes über den Jugendschutz bei öffentlichen Filmvorführungen und Trägermedien (JFTG) durchzuführen. Mit diesem Gesetzesvorhaben wird in den im Gesetzestitel genannten Bereichen eine Verstärkung des Kinder- und Jugendmedienschutzes bezweckt.

Gerne laden wir Sie ein, sich am Vernehmlassungsverfahren zu beteiligen und ersuchen Sie um Ihre **Stellungnahme zum Vernehmlassungsentwurf bis 30. April 2016**. Sie erleichtern uns die Auswertung, wenn Sie sich möglichst zu den einzelnen Bestimmungen äussern und uns Ihre Stellungnahme auch auf elektronischem Weg zukommen lassen ([graziella.gallo@ji.zh.ch](mailto:graziella.gallo@ji.zh.ch)). Sämtliche Vernehmlassungsunterlagen sind auch elektronisch abrufbar (siehe [www.regierungsrat.zh.ch](http://www.regierungsrat.zh.ch) → Vernehmlassungen). Für allfällige Fragen stehen Ihnen Frau Graziella Gallo (Tel. 043 259 25 36) und Frau Andrea Kena (Tel. 043 259 25 07) zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüssen

Jacqueline Fehr

**Beilagen:**

- Vernehmlassungsentwurf mit Kommentar
- allgemeine Erläuterungen dazu

**Verteilliste:**

- Direktionen des Regierungsrates und Staatskanzlei
- ASUT
- Datenschutzbeauftragter des Kantons Zürich
- Demokratische Juristinnen und Juristen
- economiesuisse
- Filmsachverständige des Kantons Zürich
- Gemeindeamt
- Gewerkschaftsbund des Kantons Zürich
- ICTSwitzerland
- im Kantonsrat vertretene politische Parteien (AL, BDP, CVP, EDU, EVP, FDP, GLP, Grüne, SP, SVP)
- Kantonale Opferhilfestelle
- Kantonaler Gewerbeverband Zürich
- KESB-Präsiden-Vereinigung
- Kommission Kinderschutz
- Konferenz der Stadtrichterämter im Kanton Zürich
- Konsumentenforum kf
- Mitglieder der Arbeitsgruppe
- NZZ
- Obergericht



- Oberstaatsanwaltschaft
- ProCinema
- SIEA
- SIMSA
- Stadt Winterthur
- Stadt Zürich
- Statthalterkonferenz des Kantons Zürich
- SVV
- SWICO
- Tages Anzeiger
- Verband der Gemeindepräsidenten des Kantons Zürich GPV
- Verband der Kantonspolizei Zürich
- Verband Zürcher Handelsfirmen VZH
- Vereinigung Zürcherischer Arbeitgeberorganisationen VZA
- Vereinigung Zürcherischer Schulpräsidien (VZS)
- Zürcher Anwaltsverband
- Zürcher Handelskammer